

A-5 Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den
2 Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte
3 aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge
4 auf linke Politiker*innen und Aktivist*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im
5 Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte
6 Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat
7 umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu
8 sagen, als viele aus der vermeintlichen "Mitte der Gesellschaft" in einem
9 Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color
10 und - besonders ostdeutsche - Antifaschist*innen seit Jahren davor warnen,
11 während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime
12 Kampfsporttrainings für den "Tag X" aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit
13 versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz,
14 Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass
15 sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und
16 den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden
17 zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen
18 aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

19 Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der dabei viel zu oft außer Acht
20 gelassenen Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der
21 neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offener rechter
22 Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal
23 oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von
24 Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus
25 sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich
26 darstellen wollen.

27 Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit
28 und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie
29 auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes

30 Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus
31 zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt
32 zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene
33 Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder
34 Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander - was an sich schon
35 rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen
36 Sozialdarwinismus.

37 Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten Jahren zu einer
38 Politik der "Versicherheitlichung" geführt haben: Immer öfter ist die Antwort
39 auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von Repression und Gewalt
40 geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher Sicherheit mehr und mehr
41 untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der Gesellschaft zu stellen,
42 heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich Sicherheit ist und was als
43 Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

44 Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten
45 rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte
46 Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt
47 es zu bekämpfen.

48 Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz
49 wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der heute bestehenden
50 Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-Kader fest
51 eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch nach den NS-
52 Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in Behörden.

53 **Rassistische Kontinuitäten in der Polizei**

54 Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen
55 People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an
56 rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs
57 um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist*innen: Die Strukturen
58 der Polizei begünstigen rassistisches und autoritäres Verhalten. Das muss sich
59 ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng
60 kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und
61 Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden.
62 Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen, Polizeibeauftragte bei den
63 Parlamenten und eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten.
64 Betroffene von Racial Profiling sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung
65 eines verpflichtenden Ticket-Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine
66 völlig neue Aus- und Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln,
67 Kommunikation, Deeskalation und Konfliktprävention orientiert.

68 Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste

69 Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren
70 Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht
71 erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu
72 stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur
73 Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und
74 natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und
75 staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf
76 dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

77 **Verfassungsschutz: Teil des Problems**

78 Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die
79 zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst
80 eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die
81 nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht
82 nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex
83 besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann
84 ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich.
85 Doch selbst die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex
86 gezogen wurden, werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück
87 gedreht.

88 Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der
89 vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisern die Grundlage
90 geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche
91 Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen
92 gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte
93 Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die
94 Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der
95 Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des
96 Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

97 Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet,
98 verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu
99 reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter
100 führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und
101 wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte
102 Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen
103 menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über
104 rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von
105 antifaschistischen Recherchegruppen - allen Widerständen zum Trotz. Statt
106 Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen
107 Nazis unterstützt und gefördert werden.

108 **Autoritarismus und Asylpolitik**

109 Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich
110 auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der
111 europäischen Union. Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen
112 die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren:
113 Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den
114 Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu menschenunwürdigen
115 Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande von Moria ist dabei
116 nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden Entwicklung, an der sich
117 auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt geltendes Recht anzuwenden und
118 denen, die nicht zuletzt unter unserer Wirtschaftsweise und den Folgen von
119 Umweltzerstörung fliehen müssen, ein menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen,
120 werden immer neue Vorwände gefunden, um Geflüchtete abzuwerten, sie in
121 Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren oder sie im Mittelmeer ertrinken
122 zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an Menschen auf der Flucht ist das
123 vielleicht sichtbarste Symptom der globalen Ungleichheit. Wenn wir unsere
124 Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht helfen zu müssen, dann
125 verlieren wir alles.

126 Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und
127 eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft.
128 Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen
129 unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser
130 Krisen zu bekämpfen.

131 Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung, Abschottung und Härte stellen
132 wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft entgegen, die die menschliche
133 Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.